

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.06.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG-Streit im Bundestag: Habeck erteilt Millionen-Ausgleich für MV eine Absage</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.06.2023</i> .....	3
2   <b>LNG-Terminal-Betreiber: Spezialschiff für Rügen gesichert</b> <i>nordkurier.de, 21.06.2023</i> .....	4
3   <b>Uran für die Welt</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.06.2023</i> .....	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.06.2023 | S. 1

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

## FLÜSSIGGAS-TERMINAL IN DER OSTSEE

# LNG-Streit im Bundestag: Habeck erteilt Millionen-Ausgleich für MV eine Absage

**Das Land hat vom Bund viel Geld als Gegenleistung für den Bau des LNG-Terminals in Mukran gefordert. Der Bund ist dazu nicht bereit. Unterdessen hat die Deutsche Regas ein weiteres Regasifizierungsschiff gechartert. Heute Abend geht die Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes im Bundestag in die erste Lesung.**

Das wird wohl nichts: Die Bundesregierung ist offenbar nicht bereit, im Ringen um das LNG-Terminal in Mukran auf die Forderungsliste des Landes einzugehen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erteilte in der Befragung des Bundestages am Mittwoch der Forderung nach zusätzlich 950 Millionen Euro eine Absage. „Dafür sind meiner Kenntnis nach keine Rückstellungen im Haushalt getroffen worden“, sagte Habeck.

Die Landesregierung hatte einen langen Forderungskatalog als Ausgleich für den Bau eines LNG-Terminals in Mukran aufgemacht: Investitionen in die Bahn-Infrastruktur im Hinterland, Ausbau des Hafens und Radwegebau auf Rügen. Habeck geht zudem davon aus, dass die Landesregierung das Vorhaben billigt.

Er verwies auf „umfangliche Gespräche“ mit der Landesregierung vor Ort. „Die Bundesregierung hat den Eindruck gewonnen, dass die Landesregierung MV das Projekt mitträgt.“

Obwohl die Aufnahme Mukrans in das LNG-Beschleunigungsgesetz noch aussteht, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Die Deutsche Regas als künftiger Terminal-Betreiber hat eigenen Angaben zufolge am Mittwoch mit dem Bund eine Vereinbarung über die Charter eines Regasifizierungsschiffes (FSRU) unterschrieben. Die „Transgas Power“ soll zusammen mit der „Neptune“ im Hafen Mukran stationiert werden. Die Charterkosten übernehme die Deutsche Regas.

**ENERGIE****LNG-Terminal-Betreiber: Spezialschiff für Rügen gesichert****Sassnitz**

*Der Betreiber des geplanten Flüssigerdgas-Terminals im Hafen Mukran auf Rügen, Deutsche Regas, hat eigenen Angaben zufolge mit der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung über das benötigte Spezialschiff geschlossen. „Damit ist ein weiterer Meilenstein für die Phase II des LNG-Terminals „Deutsche Ostsee“ erreicht“, sagte Regas-Geschäftsführer Ingo Wagner am Mittwoch.*

Der Betreiber des geplanten Flüssigerdgas-Terminals im Hafen Mukran auf Rügen, Deutsche Regas, hat eigenen Angaben zufolge mit der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung über das benötigte Spezialschiff geschlossen. „Damit ist ein weiterer Meilenstein für die Phase II des LNG-Terminals „Deutsche Ostsee“ erreicht“, sagte Regas-Geschäftsführer Ingo Wagner am Mittwoch.

Das Unternehmen übernimmt demnach als Sub-Charterer die Rechte und Pflichten aus einer zwischen der Bundesrepublik und dem griechischen Schiffseigner geschlossenen Vereinbarung. Hierzu gehören demnach auch alle Kosten für die Pacht des Regasifizierungsschiffes (FSRU) „Transgas Power“. Dieses wird benötigt, um das Flüssigerdgas nach dem Transport umzuwandeln und in gasförmigem Zustand in das deutsche Netz einzuspeisen.

Regas gibt an, dass das 2021 gebaute und unter maltesischer Flagge fahrende FSRU zu den „modernsten, sichersten und umweltfreundlichsten seiner Art“ gehöre. Die Umwandlungskapazität betrage maximal 7,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr, zudem können 174 000 Kubikmeter gespeichert werden. Gemeinsam mit der im Hafen Lubmin liegenden FSRU „Neptune“ will Regas eine Gesamtkapazität von 13,5 Milliarden Kubikmetern Erdgas jährlich sicherstellen.

Der Bau des Terminals im Hafen Mukran nahe Sassnitz wird auf Rügen weiter scharf kritisiert. Befürchtet wird vor allem, dass die Industrieanlage sich negativ auf den wichtigen Tourismus auswirkt. Auch das beschleunigte Verfahren sorgt für Unmut, die Bürgerinitiativen werfen dem Bund vor, damit Tatsachen schaffen zu wollen. Für Mittwochabend war geplant, die Novelle des hierfür nötigen LNG-Beschleunigungsgesetzes in den Bundestag einzubringen.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 22.06.2023 | S. 17

 Auflage: 191.746 | Reichweite: 944.262

 Klaus Max Smolka

## Uran für die Welt

*Die Niederlande forcieren Kernkraft. Im Westen des Landes sind zwei neue Atomkraftwerke geplant, im Osten floriert der Urananreicherer Urenco, der Kraftwerke im In- und Ausland beliefert. Deutschland bleibt daran beteiligt - trotz Atomausstiegs.*

**Almelo.** Während Deutschland aus der Atomkraft ausgestiegen ist, forcieren die Niederlande diese Energieform. Lange hatte es so ausgesehen, als sei sie auch beim westlichen Nachbarn ein Auslaufmodell. Doch die bunte Vier-Parteien-Koalition aus Rechts- und Linksliberalen, Christdemokraten und Calvinisten setzte im Koalitionsvertrag ein Ausrufezeichen: Zum einen wird das verbliebene Kraftwerk Borssele jenseits der - schon verlängerten - Laufzeit über 2033 hinaus laufen. Zum anderen sollen zwei neue Kraftwerke entstehen - wahrscheinlich ebenfalls dort in der südwestlichen Provinz Zeeland, eventuell auch an einem Standort 60 Kilometer weiter nördlich. Die beiden neuen Meiler dürften allerdings nicht vor 2035 fertiggestellt sein. 9 bis 13 Prozent Anteil soll Kernenergie dann zum Strommix beisteuern.

In einer ganz anderen Ecke des Landes, weit im Osten, stützt ein weiterer Pfeiler die Nuklearindustrie der fünftgrößten EU-Volkswirtschaft: der Uran-Anreicherer Urenco. In der lieblichen Mittelstadt Almelo führt eine Ausfallstraße ins Gewerbegebiet, in dem dieser AKW-Zulieferer Ausgangsmaterial zu Uran anreichert. Urenco ist in diesem Geschäft einer von vier großen Anbietern auf der Welt, neben Rosatom aus Russland, CNNC aus China und Orano aus Frankreich. Mit seiner Drei-Länder-Struktur ist er ein Unikum, gehört historisch bedingt zu je einem Drittel dem niederländischen und dem britischen Staat sowie einem Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Energiekonzerne RWE und Eon, das aber eng an der Aufsicht des deutschen Staats hängt.

40 Kilometer von Almelo entfernt liegt auf der anderen Seite der Grenze das Urenco-Werk Gronau: ein deutscher Nuklearstandort, der trotz des deutschen Ausstiegs aus der Kernenergie normal weiterarbeitet. Denn Urenco stellt knapp ein Drittel allen angereicherten Urans auf der Welt her, beliefert auch etwa ein Drittel aller Kernkraftwerke, und zwar in etwa 20 Ländern. Weitere Standorte sind das britische Capenhurst und

Eunice in den USA, der Sitz ist Stoke Poges in England.

Die Renaissance der Atomkraft in den Niederlanden geht auf das Jahr 2018 zurück: Die Umweltorganisation Urgenda erwirkte gerichtlich, dass die Regierung in Den Haag schneller gegen die Erderwärmung vorgehen müsse. Eine Debatte nahm Fahrt auf, ob neben den erneuerbaren Energien nicht doch Kernenergie mit ihrem annähernd CO<sub>2</sub>-frei produzierten Strom nötig sei. Der Ukrainekrieg mit seinen Folgen für den Energiemarkt hat dem Trend weiteren Auftrieb gegeben.

Urenco spürt das konzernweit in seinem internationalen Geschäft. "Unsere wichtigen Märkte sind die Vereinigten Staaten und Europa, und wir sehen in der Tat zunehmendes Interesse", sagt Ad Louter, Geschäftsführer von Urenco Nederland. "Das spielt sich schon seit Längerem als Teil der Energiewende ab und hat sich, denke ich, durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine beschleunigt." Denn auf beiden Seiten des Atlantiks gebe es in der Urananreicherung noch eine gewisse Abhängigkeit von Russland, von ihr wolle die Politik abkommen.

Louter empfängt in seinem Büro in einem Verwaltungsbau des Urenco-Geländes in Almelo. An einer Wand hängt eine Malerei des regionalen Künstlers Jan te Wierik, an einer anderen eine Nuklidkarte: ein Ordnungsschema, das unter anderem Halbwertszeiten und Zerfallswege instabiler Atomkerne zeigt. Der Blick aus dem Büro fällt auf das streng bewachte Terrain, umzäunt mit Stacheldraht, und Werkshallen. Angereist aus Gronau ist sein Kollege Jörg Harren, Geschäftsführer der deutschen Schwestergesellschaft, ein früherer Manager von Evonik und der Vorgängergesellschaft Degussa.

Louter, studierter Maschinenbauingenieur, leitete früher die Betreibergesellschaft des AKW Borssele und gilt als einer der resoluteften Befürworter der Kern-

energie in den Niederlanden. Die Entscheidungen der Haager Regierung können nur in seinem Sinne sein, auch wenn sie kommerziell keinen entscheidenden Einfluss auf Urenco haben. "Ja, wir wollen gerne an unsere nationale Industrie liefern. Aber letztlich sind wir ein Weltspieler mit 32 Prozent Weltmarktanteil. Es gibt in der Welt etwa 440 Kernreaktoren, deswegen: Einer oder drei Reaktoren in den Niederlanden - das ist wichtig für uns, aber nicht ausschlaggebend." Umsatzzahlen sind indes nicht alles, weiche Faktoren zählen. Energie- und Klimaminister Rob Jetten besuchte vorigen Juni Almelo, und das betont man hier sichtlich gerne. Jetten bekam einen Rundgang von Louter.

Der Aufschwung spiegelt sich in den Zahlen. 2022 stieg Urencos Umsatz zwar noch um moderate 3 Prozent auf 1,72 Milliarden Euro, wobei der Vorsteuergewinn (Ebitda) wegen höherer Kosten um 15 Prozent sank (auf 825 Millionen Euro). Die Indikatoren für die Zukunft zeigen aber steiler nach oben: "Wir haben große neue Verträge sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa unterzeichnet", sagt Louter. "Unser Orderbuch ist 2022 um 24 Prozent gewachsen." Auf 10,8 Milliarden Euro summierte sich der Auftragsbestand; bis in die 2030er-Jahre reicht er laut Management. Viele Kunden wenden sich von der russischen Konkurrenz ab. An allen vier Standorten will Urenco die Kapazität ausbauen.

Atomenergie erfordert eine bestimmte Atomart (Isotop) des Urans: Uran-235, das im Natur-Uran aber nur 0,7 Prozent ausmacht, der Rest ist Uran-238. Nötig für traditionelle Kernreaktoren sind 3 bis 5 Prozent. Bergbaukonzerne holen Uranerz aus dem Boden; das wird dann zu reinem Uranoxid verarbeitet und dies wiederum chemisch verwandelt zu Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>). Urenco-Kunden bringen dieses feste Material - "Feed" (Futter) genannt - nach Almelo oder zu einem der anderen Standorte. Urenco erhitzt es in seinen Anlagen und schickt es als Gas durch Zentrifugen, die zu Kaskaden zusammengeschaltet sind. Wie in einer Salat-schleuder drückt die Fliehkraft das schwerere Uran-238 an die Wand, Uran-235 bleibt so in immer höherer Konzentration in der Mitte der Zentrifuge übrig. Außer für Kernkraftwerke stellt das Unternehmen medizinische Isotope zur Diagnostik und Krebsbehandlung her: ein kleines, aber schnell wachsendes Geschäft, das heutzutage in der Außendarstellung mehr in den Vordergrund rückt.

Urenco entstand aus dem Vertrag von Almelo, den 1970 die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande schlossen. Sie vereinbarten die Förderung der Technologie und Regeln zum Geheimschutz, damit die Technik nicht zur Verbreitung von Kernwaffen beitrage. Ein pakistanischer Spion stahl aller-

dings in den Siebzigerjahren in Almelo Informationen über Entwürfe der Zentrifugen, die Produktion und das Netz an Zulieferern - und verhalf seinem Heimatland zur Entwicklung von Atombomben. Mehr noch: Er verkaufte Informationen auch an Iran, Libyen und Nordkorea.

Nach dem Vertrag von Almelo müssen die Vertragspartner wesentliche Entscheidungen einmütig fällen - zum Beispiel, an welche Länder Urenco liefern darf. Das führte jahrelang zu einer Blockade im Eignerkreis. 2009 bekundete Großbritannien, aussteigen zu wollen, um mit dem Erlös Schulden zu senken. Nachdem die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen hatte, wollten auch RWE und Eon ihre Anteile abgeben - eventuell über einen Börsengang. Die Niederlande erklärten sich nach einigem Zögern auch zum Verkauf bereit, unter strengen Bedingungen. Was den Standort Gronau angeht, gab es 2017 politische Diskussionen darum, ihn angesichts des deutschen Atomkraftausstiegs zu schließen.

Das alles ist versendet. Urenco-Deutschland-Chef Harren sieht solche Ansinnen nach eigenem Bekunden in den Hintergrund gerückt. Er verweist auf die Knappheit in westlichen Märkten und auf juristische Aspekte. "Wir haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung, und wir sind auch Teil eines Unternehmens, das von drei Staaten gesteuert wird und das auf einem Staatsvertrag fußt. Das hat also auch völkerrechtliche Implikationen, eine solche Anlage zu schließen." Auch sei die Stimmung unter den Bürgern heute eine andere - skeptischer zum Atomausstieg. "Denn natürlich merken die Menschen auch in Deutschland, dass alle anderen Länder der Welt, die industriell relevant sind, andere Wege gehen." Auch die Eignerdiskussion ist für ihn kein aktuelles Thema: "Alles, was wir hören, ist, dass das so bleibt." Ähnlich Louter: "Wir haben keine Signale, dass sich das verändert." Für einen Börsengang - wie vor Jahren erörtert - sehen beide ebenfalls keinerlei Anzeichen mehr. Seit 2017 scheint Ruhe eingeleitet.

Bleibt die Ironie, dass Deutschland im April die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet hat - aber in Gronau weiter für ausländische AKWs produziert. Harren argumentiert analog zu Louter: Deutschland war nur einer von vielen Märkten, machte seinen Angaben zufolge in der Spitze maximal 7 Prozent des Umsatzes aus. Und was denkt der prominente niederländische Kernkraftbefürworter Louter über die politische Entscheidung Deutschlands? "Ich denke, dass Deutschland jetzt doch ein Problem hat in der Stromversorgung." Der Manager wirft das Bild einer Web-Applikation an die Wand, die Daten zum internationalen Strommix registriert und wiedergibt, woher der

Strom aus der Steckdose in einem Land momentan kommt. Deutschland bezieht demnach an jenem Vormittag jede Menge Strom aus Schweden und Frankreich, "viel davon nuklear", wie Louter zu bedenken gibt. Man müsse das Problem europäisch denken. "Die Energiewende ist sehr dringend, sehr groß und sehr komplex - wir können uns nicht erlauben, jetzt schon CO2-freie Quellen auszuschließen."

RWE und Eon können nicht raus

Nach dem politischen Beschluss zum Atomausstieg 2011 bereiteten die deutschen Energiekonzerne Eon und RWE den Ausstieg aus Urenco vor. Sie halten über das Gemeinschaftsunternehmen Uranit ein Drittel am Urananreicherer. Je ein Drittel gehören zudem den Niederlanden und Großbritannien. Bisher scheitern

die Konzerne an der politischen Konstellation. "RWE prüft weiterhin alle strategischen Optionen für Urenco", lässt der Konzern wissen. Die Besonderheit der Eignerstruktur erschwere einen möglichen Verkaufsprozess. Eon-Chef Leonhard Birnbaum sagte auf der Hauptversammlung auf die Frage nach einem Verkauf: "Wir überprüfen das laufend. Wenn es etwas zu melden gebe, würden wir das dann nach Vollzug einer solchen Transaktion melden und nicht vorher." Der Konzern brauche dafür die Zustimmung der Bundesregierung. "Es scheint zumindest einigen Verantwortlichen nicht unrecht zu sein, dass RWE und Eon diese Eigentumsrechte besitzen." Vor Jahren war über Anfragen im deutschen und niederländischen Parlament herausgekommen, dass die Konzerne die Trennung über einen Börsengang ermöglichen wollten. Das lehnten Den Haag und Berlin ab.